

Zürich und Wädenswil, 2. November 1998

KR-Nr. 408/1998

**ANFRAGE** von Regina Bapst-Herzog (SP, Zürich ), Susanna Rusca Speck (SP, Zürich ) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Einführung einer Basisstufe in der Volksschule

---

Anlässlich der 200-Jahr-Feier des Erziehungsrates skizzierte der Bildungsdirektor seine Vorstellungen zur Volksschule der Zukunft, wobei er sich zur Einführung einer Basisstufe im Kanton Zürich positiv äusserte. Seine Ausführungen stützte er auf eine Studie der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK ) vom November 97, welche zum Schluss kam, dass ein einheitlicher Einschulungszeitpunkt nicht mehr sinnvoll sei. Deshalb wird die Schaffung einer sogenannten "Basisstufe" das heisst die Zusammenführung von Kindergarten und Unterstufe sehr empfohlen.

Auch wenn die Aussagen des Bildungsdirektors erst Visionen genannt wurden, ersuchen wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat die Absicht, diesen Gedanken und Worten auch Taten folgen zu lassen? Ist bereits ein konkretes Projekt initiiert?
2. Bekanntlich plant der Regierungsrat die Totalrevision des Volksschulgesetzes. Könnte die Einführung einer Basisstufe in diesem Zusammenhang erfolgen?
3. Welche Auswirkung hätte die Einführung einer Basisstufe auf die Lehrerbildung? Wie sollte das zukünftige Lehrerbildungsgesetz ausgestaltet sein, damit spätere Änderungen im Volksschulgesetz in die Lehrerbildung aufgenommen werden können?
4. Nachdem ein Postulat zur Aufhebung der Jahrgangsklassen von der Regierung entgegengenommen worden ist, nehmen wir an, dass zu dieser Frage und im Zusammenhang mit einer flexiblen Einschulung bereits Projektarbeiten aufgenommen worden sind. Können wir über den Stand dieser Arbeiten und über den vorgesehenen Zeitplan genaueres erfahren?
5. Bis heute steht der Kindergarten unter Gemeindeautonomie. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass eine umfassende Reform der Vorschul- beziehungsweise der Unterstufe eine Kantonalisierung des Kindergartens unumgänglich macht?
6. Der Kanton Luzern hat letzthin ein Jahr Kindergarten im Interesse der Gleichberechtigung und der Chancengleichheit als obligatorisch beschlossen. Sieht sich der Regierungsrat auch veranlasst, die Dauer der obligatorischen Schulzeit neu zu definieren?
7. Plant der Regierungsrat die nötigen Mittel für die Projektierung und Einführung einer Basisstufe bereitzustellen?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

Regina Bapst-Herzog  
Susanna Rusca Speck  
Julia Gerber Rüegg

